



**Reden
wir über...**

DER ZUKUNFTSDIALOG



WERKSTATTBERICHT
DGB-ZUKUNFTSDIALOG

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Telefon +49 30 240 60-0
Telefax +49 30 240 60-324
zukunftsdialog.bvv@dgb.de

Verantwortlich: Reiner Hoffmann

Konzeption, Redaktion und Gestaltung:
BBGK Berliner Botschaft, www.berliner-botschaft.de
DGB-Zukunftsdialogteam

Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Bildnachweis:
S. 1 (4), S. 5: Simone M. Neumann; S. 8 Thomas Range;
S. 10: John Mocka/BBGK Berliner Botschaft;
S. 17, 18: DGB; S. 19 o.: Tobias Klaasen;
S. 19 u.: Mieterbund Ostwestfalen-Lippe; S. 20,
21: Kathrin Biegner; S. 22: Stefan Fahl; S. 25:
Thomas Range; S. 28: Tim M. Carmele; S. 29, 32,
33, 35: Thomas Range; S. 37: Gordon Welters;
S. 39: DGB-Region Leipzig-Nordsachsen; S. 41:
Thomas Range; S. 43: Kathrin Biegner; S. 45:
Gordon Welters; S. 48: Petra Köster; S. 52, 54, 56, 58,
60: BBGK Berliner Botschaft

1. Auflage, November 2019

Inhalt



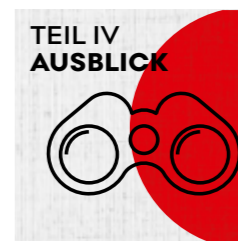
Vorwort.....	1
Das ist der Zukunftsdialog	6
Die 14 Themenbereiche des Zukunftsdialogs	11
Schwerpunktthema Wohnen	17
Schwerpunktthema Tarifbindung	20



Dieter Bürk: Gute Arbeit	26
Marlene Schönberger: Der erste CSD in Niederbayern.....	30
Andreas Clemens: Mobilität im Industriegebiet Trier-Monaise.....	34
Erik Wolf: Gewerkschaft meets Wissenschaft – Transformation mitgestalten.....	38
Kreisverband Esslingen-Göppingen: Bezahlbarer Wohnraum für alle.....	42
Agnieszka Zimowska: Die Veranstaltungsreihe „dabei.digital.nachhaltig.sozial“ in Göttingen.....	46



Arbeitsbedingungen	51
Wohnen	53
Energieversorgung und Klimaschutz	55
Demokratie und Zusammenhalt.....	57
Alterssicherung.....	59



Ausblick.....	63
---------------	----

Geschäftsführender DGB-Bundesvorstand



Reiner
Hoffmann



Elke
Hannack



Stefan
Körzell



Annelie
Buntenbach

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Klimawandel, Digitalisierung, Globalisierung, eine älter werdende Bevölkerung, vielfältigere Lebensentwürfe – unsere Gesellschaft und Arbeitswelt stehen vor tiefgreifenden Umbrüchen und Veränderungen. Die Gewerkschaftsbewegung war immer Seismograf für große Veränderungen und Gestalterin des Wandels. Unser Anspruch ist und war, diesen Wandel so zu gestalten, dass alle Schritt halten können.

Die aktuelle Dynamik von Veränderungen bereitet vielen Menschen Sorge. Auch vielen, denen es heute gut geht. Und Furcht ist der Nährboden für jene politischen Kräfte, die nicht gestalten und verbessern, sondern spalten und hetzen wollen.

Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine acht Mitgliedsgewerkschaften im November 2018 einen breiten gesellschaftlichen Zukunftsdialog gestartet. Wir möchten in Gesprächen vor Ort erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt und antreibt, was sie mit Sorge erfüllt oder ihnen Hoffnung macht und welche Ideen sie haben, um die Lebens- und Arbeitswelt zu verbessern. Wir laden die Menschen ein, an unserem Zukunftsdialog teilzunehmen, sich einzumischen und ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Gewerkschaften vertreten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von rund sechs Millionen Mitgliedern und über 40 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die politische Kraft der Gewerkschaften speist sich

aus dieser Perspektive auf die Lebens- und Arbeitswelt, der Verankerung in den Betrieben und Verwaltungen, ihrem Mandat als Interessenvertretung der Beschäftigten.

In unserem Zukunftsdialog fragen wir, was die Menschen in den urbanen Zentren, aber auch in den ländlichen Regionen bewegt, und hören ihnen zu. Wir diskutieren und entwickeln gemeinsam Lösungen für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und ausgrenzt. Wir entwerfen ein Bild einer besseren Zukunft für Deutschland und Europa. Wir unterstützen und schließen Bündnisse mit gesellschaftlichen Gruppen, die sich für Demokratie, Freiheit und sozialen Zusammenhalt engagieren. Wir üben politischen Druck aus und machen deutlich, wo Kommunen, Land und Bund dringend handeln müssen.

Deutschland kann es besser, Europa kann es besser. Wir wollen das Engagement der Menschen herausfordern und sie für die gemeinsame Arbeit an einem besseren Morgen begeistern.

Dieser Werkstattbericht stellt haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus DGB und Gewerkschaften vor, die sich engagieren und für einen lebendigen DGB-Zukunftsdialog vor Ort stehen. Der Werkstattbericht ist außerdem eine erste Dokumentation der Debatten, die auf unserer zentralen Dialogplattform redenwirueber.de stattfinden, und eine Einladung an alle, sich weiter mit uns für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen.

Reiner Hoffmann

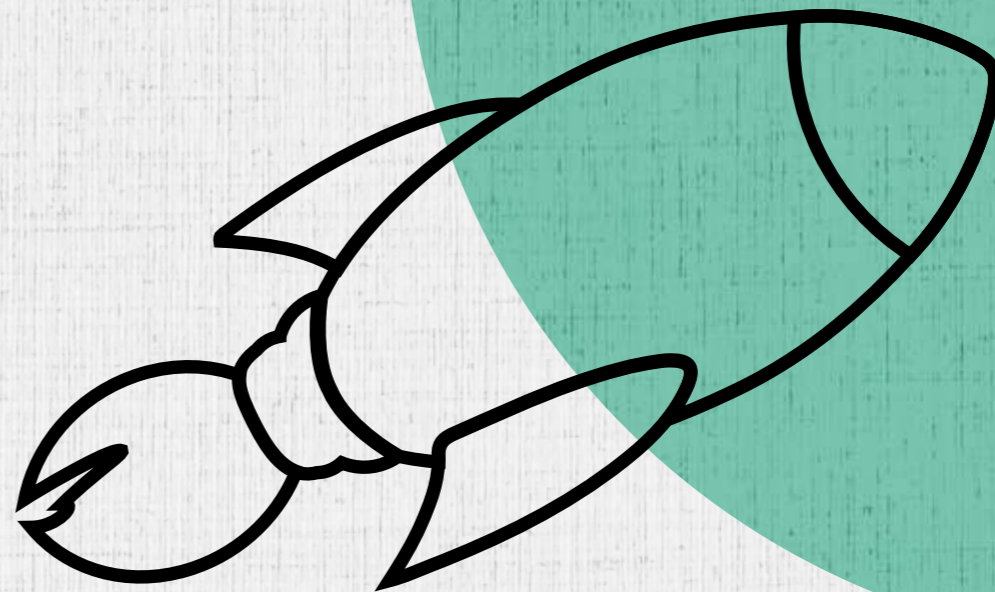
Elke Hannack

Stefan Körzell

Annelie Buntenbach



TEIL I: EINLEITUNG





Kick-off November 2018

Das ist der Zukunftsdialog

„Was bewegt die Menschen?“. Mit dieser Frage sind wir in den Zukunftsdialog gestartet. Ziel ist es, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu führen, mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen, Menschen aus der Nachbarschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren wollen wir gerechte und soziale Lösungen für unsere Zeit finden und verwirklichen. Dabei stehen zwei Leitfragen im Zentrum des Prozesses:

Wie wollen wir arbeiten?

Wie wollen wir leben?

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bringen viel Kraft und Ideen mit, um für eine Gesellschaft einzutreten, die niemanden zurücklässt. Die Aufgaben, vor denen wir stehen, lassen sich dabei am besten gemeinsam mit Partnern in einem breiten gesellschaftlichen Konsens bewältigen. Deshalb hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund 2018 auf einen neuen Weg gemacht und den Zukunftsdialog gestartet.

Startschuss war eine zweitägige Kick-off-Veranstaltung im November 2018 in Berlin. Und schon dieser Kick-off machte deutlich, warum es beim Zukunftsdialog geht: miteinander diskutieren – mit Menschen aus ganz Deutschland. Rund 450 waren es im November 2018 in Berlin – vom Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand bis hin zu den ehrenamtlich Aktiven in den Kreis- und Stadtverbänden des DGB. Denn gerade ihnen, den ehrenamtlich Engagierten, kommt im Zukunftsdialog eine zentrale Rolle zu. Sie sind es, die diesen Dialog in möglichst jede Ecke unseres Landes tragen. Sie sind es, die vor Ort mit den Menschen ins Gespräch kommen und gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit finden.

Von Flensburg bis zum Bodensee, von Aachen bis Görlitz wird debattiert, werden Bündnisse geschmiedet und Aktionen gestartet. Mit unseren neun Bezirken, 59 Regionen und rund 350 Kreis- und Stadtverbänden sind wir in ganz Deutschland für eine faire Arbeitswelt und Gesellschaft aktiv.

9 Bezirke

59 Regionen

350 Kreis- und Stadtverbände

Im Zukunftsdialog gehen wir auf Initiativen und Menschen zu und bieten an, mit ihnen gemeinsam Projekte für eine starke demokratische und gerechte Gesellschaft anzupacken. Wir laden dazu ein, mit uns Allianzen für ein gutes Leben und Arbeiten zu schmieden.

Veränderung ist möglich

Der Zukunftsdialog bedeutet Mitwirkung mit Wirkung. Wir wollen gemeinsam etwas ändern. Der vorliegende Werkstattbericht gibt Einblick in die bisherigen Aktionen, Veranstaltungen und Diskussionen und zeigt das breite Spektrum des Engagements auf. Und das ist erst der Anfang. Auch in den kommenden Monaten werden im Rahmen des Zukunftsdialogs konkrete Projekte und Ideen entstehen, setzen wir innovative Aktionsformate ein und schmieden neue, nachhaltige Bündnisse. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.

Gemeinsam setzen wir im Zukunftsdialog immer wieder thematische Schwerpunkte: Aktuell machen wir

uns mit Aktionen für das Thema Tarifbindung stark – für mehr und bessere Tarifverträge. Gemeinsam mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften stehen wir an der Seite der Beschäftigten und engagieren uns vor Ort.

Aktionswoche Wohnen

Bereits im März 2019 fand im Rahmen des Zukunftsdialogs unsere Aktionswoche zum Thema Wohnen mit mehr als 200 Aktionen unter dem Motto „Bezahlbar ist die halbe Miete“ statt – mit großer medialer Resonanz. Die bunte und vielfältige Aktionswoche konnte das Anliegen des Zukunftsdialogs erfolgreich nach außen tragen. Unsere „mobilen Wohnzimmer“ ließen vielerorts in Fußgängerzonen oder an zentralen öffentlichen Plätzen Dialogräume entstehen, die rege genutzt wurden. Mit vielen Bürgerinnen und Bürgern kamen wir ins Gespräch darüber, was sie beim Thema Wohnen beschäftigt. Mit diesen Impulsen und Bündnissen, beispielsweise mit dem Mieterbund sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, werden wir uns weiter einmischen.



Sommerwerkstatt Juli 2019

Aus- und Rückblick auf
Veranstaltungen:



[www.redenwirueber.de/
event-informationen](http://www.redenwirueber.de/event-informationen)

Lokale Veranstaltungen und Initiativen

Parallel zu diesen thematischen Schwerpunkten laufen durchgehend Veranstaltungen und Aktionen zum Zukunftsdialog vor Ort: In den DGB-Bezirken mit ihren Regionen und Kreis- und Stadtverbänden können dabei alle Interessierten mitdiskutieren. Ob bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Studieren, Arbeiten und Wohnen in Görlitz“ oder einer Ortsteilbegehung im saarländischen St. Wendel: Die vielen lokalen Veranstaltungen stellen Austausch und Beteiligung in den Mittelpunkt. Die Themenpalette ist breit und reicht von übergreifenden gesamtgesellschaftlichen Fragen bis hin zu spezifischen lokalen Herausforderungen. Das können die Schließung eines Betriebes sein oder fehlende Busverbindungen, eine defekte Turnhalle oder Wohnungsnotstand. Um gemeinsame Ziele schneller zu erreichen, schließen wir uns mit Partnern zusammen, seien es größere Organisationen oder kleine lokale Initiativen. Wir sind offen für alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die mit uns gemeinsam die Weichen dafür stellen,

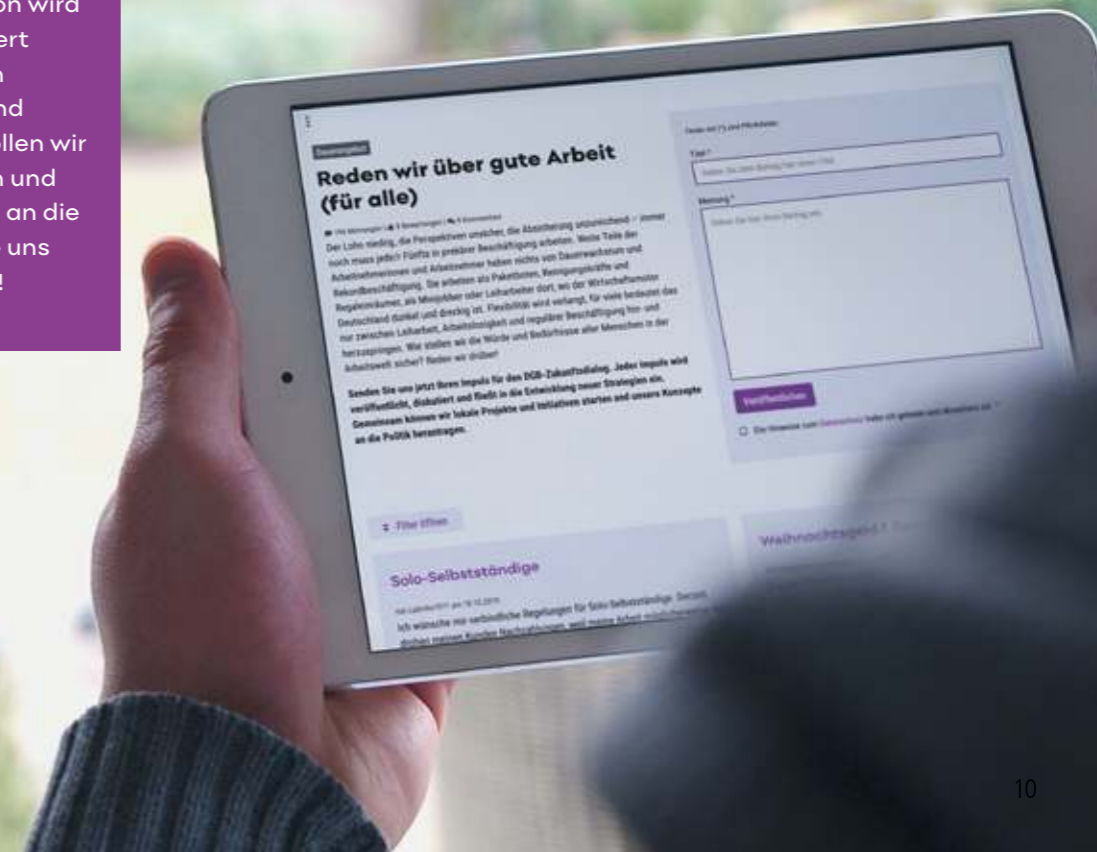
dass wir in einer gerechteren und sozialeren Gesellschaft leben.

Dialogplattform

Auf der zentralen Dialogplattform redenwirueber.de findet der Beteiligungsprozess auch online statt. Auch die Dialogkarten mit Ideen, Hinweisen und Kommentaren von Bürgerinnen und Bürgern, die uns offline erreichen, werden hier veröffentlicht. Insgesamt wurden bereits mehr als 1.500 Beiträge eingereicht. Auf der Dialogplattform gibt es außerdem Informationen über Themen, Veranstaltungen und Aktionen. Der gesamte Prozess des Zukunftsdialogs ist dort transparent und nachvollziehbar. Jede und jeder kann dort alle Debatten nachlesen. Und selbstverständlich ist der DGB-Zukunftsdialog auch auf Facebook, Twitter und Instagram aktiv.

 @zukunftsdialog
 @redenwirueber
 @zukunftsdialog

Machen Sie mit! Jeder Impuls zählt. Nehmen Sie Handy, Tablet oder Computer zur Hand und schreiben Sie los. Ihr Beitrag zur Diskussion wird veröffentlicht, kann kommentiert werden und fließt schließlich in die Entwicklung neuer Ideen und Konzepte ein. Direkt vor Ort wollen wir Projekte und Initiativen starten und unsere Ideen und Forderungen an die Politik herantragen. Lassen Sie uns gemeinsam Zukunft gestalten!



Die 14 Themenbereiche des Zukunftsdialogs

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich seit nunmehr 70 Jahren für eine solidarische Gesellschaft ein. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber der Politik, pluralistisch und parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Er ist, was arbeits-, aber auch gesellschaftspolitische Themen angeht, breit aufgestellt und gut vernetzt – mit dem Zukunftsdialog ist es uns deshalb ein besonderes Anliegen, uns

in möglichst vielen Themenbereichen einer breiten Diskussion zu öffnen.

14 Themen haben wir, gemeinsam mit Menschen aus ganz Deutschland, bei unserer Kick-off-Veranstaltung im November 2018 herausgearbeitet – Themen, bei denen der Dialog über eine bessere Zukunft besonders wichtig ist:



Alterssicherung

Rente muss für ein gutes Leben reichen. Doch dies ist zu oft nicht der Fall. Für künftige Rentnerinnen und Rentner sind die Aussichten noch trüber, wenn jetzt die Weichen nicht richtig gestellt werden. Dabei sind die meisten in Deutschland auf eine starke gesetzliche Rente angewiesen. Gute Arbeit mit guten Löhnen sichert eine gute Altersvorsorge. Doch was ist mit Menschen, die wenig verdienen oder arbeitslos sind? Die in Teilzeit waren, weil sie sich um Kinder gekümmert oder Angehörige gepflegt haben? Wie lässt sich eine gute Alterssicherung für alle, auch bei niedriger Geburtenrate, gewährleisten?



Arbeitsbedingungen

Dauerwachstum und Rekordbeschäftigung gehen an vielen Menschen vorbei. Paketbotinnen und Paketboten, Reinigungskräfte und Menschen, die Regale einräumen, rackern sich häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen ab, ohne zu wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Zu viele Menschen changieren zwischen Minijob, Leiharbeit und Arbeitslosigkeit oder leben anderweitig in prekären Beschäftigungssituationen. Es entsteht Unzufriedenheit. Wir wollen, dass jeder Mensch in Würde leben und arbeiten kann. Wie können wir gute Arbeitsbedingungen auch in Zukunft sichern?



Arbeitszeit

Neue Technik ermöglicht eine freiere Arbeitszeiteinteilung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf. Die kurze E-Mail auf dem Sofa oder der Blick auf das Handy können aber auch zu ständiger Erreichbarkeit zwingen und die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verwischen. Das kann krank machen. Wie können wir intelligente Arbeitszeitmodelle entwickeln? Welchen Ordnungsrahmen brauchen neue Modelle? Diesen Fragen sind auch Beschäftigtenbefragungen der Gewerkschaften auf den Grund gegangen. Und in Tarifverträgen sind schon Lösungen für einzelne Branchen gefunden – doch die Debatte ist noch lange nicht zu Ende.



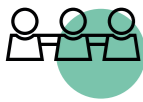
Armut und Reichtum

In Deutschland wächst die soziale Ungleichheit. Einer steigenden Zahl an Niedriglohn-Jobs stehen hohe Managergehälter und satte Gewinne aus Kapitalanlagen gegenüber. Die Vermögen entwickeln sich seit Jahren auseinander. Wenn dann noch in den Städten die Mieten steigen und Wohnraum nur im Luxussegment entsteht, vertieft das zusätzlich die Ungleichheit. Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt stärken? Wie kann die soziale Teilhabe für Geringverdienende gewährleistet werden?



Bildung und Ausbildung

Trotz steigender Studierendenzahlen, einer Zunahme an Fortbildungen und mehr Kitaplätzen ist Deutschlands Bildungssystem akut versetzungsgefährdet. Der eigene Bildungserfolg hängt stark vom Bildungsabschluss der Eltern ab, und erschreckend viele Menschen haben keinen Schulabschluss und keine berufliche Qualifikation. Wie können wir gute Bildung und Ausbildung für alle erreichen? Was muss für Chancengleichheit in Kita und Schule, in der Ausbildung und im Beruf getan werden?



Demokratie und Zusammenhalt

Im aktuellen politischen Klima steht unsere Fähigkeit zum Dialog und zum freien Austausch von Argumenten auf dem Spiel. Das betrifft den Kern unserer Demokratie und geht uns alle an. Wie können wir angesichts von Abstiegsängsten und Sorgen wieder ins Gespräch kommen und eine Spaltung der Gesellschaft verhindern? Rassismus kann nicht die Antwort sein. Wie können wir für ein offenes, demokratisches Deutschland eintreten? Wie kann Interessenausgleich funktionieren?



Digitalisierung

Der Einsatz smarterer Maschinen und künstlicher Intelligenz erleichtert in vielen Bereichen unser Leben. Im Beruf und im Alltag unterstützen uns Computer, nehmen uns Aufgaben ab und steigern die Produktivität. Wie aber können wir die Digitalisierung gestalten – ohne den Verlust von Arbeitsplätzen, die Entwertung beruflicher Fähigkeiten und steigenden Leistungsdruck? Wie sieht eine gute digitale Zukunft aus und wie verhindern wir Überwachung und Kontrolle?



Energieversorgung und Klimaschutz

Der Klimaschutz stellt uns vor große Herausforderungen. Die Akzeptanz und Erreichbarkeit der Klimaziele hängen jedoch an der sozial gerechten Umsetzung der notwendigen Maßnahmen. Wie können wir die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Wirtschaft mit dem Klimaschutz in Einklang bringen? Was müssen wir ändern, um unserer Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel gerecht zu werden?



Ernährung und Verbraucher

Gesunde und ökologisch bewusste Ernährung ist in aller Munde. Auch, weil die Anzahl der Erkrankungen aufgrund schlechter Ernährung zunimmt und enorme Mengen an Lebensmitteln verschwendet werden. Wie lassen sich die Bedürfnisse nach guten Lebensmitteln und nach günstigen Preisen zusammenbringen? Wie können wir die Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelproduktion verbessern? Wer muss handeln: Ist der Staat oder jede und jeder Einzelne in der Verantwortung?



Gesundheit und Pflege

Im Krankheitsfall wollen wir medizinisch gut versorgt, im Alter gut gepflegt werden. Die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich leiden jedoch unter schlechten Arbeitsbedingungen sowie schlechter Bezahlung. Der Fachkräftemangel beeinträchtigt die Versorgungsqualität. Wie können wir die Situation für Patientinnen und Patienten verbessern? Wie schaffen wir gute Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und in der Pflege? Und wie schaffen wir es, dass höhere Qualität allen zugutekommt?



Öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur

An vielen Orten zeigen sich die Folgen jahrelanger Unterfinanzierung: Schwimmbäder bleiben zu, Behörden arbeiten langsam, Schulen und öffentlicher Raum verfallen. Gerade auf dem Land werden ganze Regionen abgehängt. Wie können wir den ländlichen Raum am Leben erhalten trotz der Abwanderung in die Ballungszentren? Verkraften unsere Städte weiteren Zuzug? Wie kann dieser Prozess gestaltet werden, ohne dass Landstriche veröden und Städte unbezahlbar werden?



Tarifverträge und Betriebsräte

Tarifverträge und Betriebsräte sind unverzichtbar. Durch sie kommen Beschäftigte zu ihrem Recht. Sozialpartnerschaft und betriebliche Mitbestimmung ermöglichen außerdem einen starken und erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Dennoch gibt es nur noch in einem von vier Unternehmen einen Tarifvertrag, nur noch jedes zehnte hat einen Betriebsrat. Wie lässt sich diese Entwicklung umkehren? Welche Chancen bietet betriebliche Mitbestimmung in Zeiten der Digitalisierung?



Verkehr und Mobilität

Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume. Immer mehr Waren müssen transportiert werden. Das führt zu mehr Pendlern, Staus und schlechter Luft. Die Herausforderungen für die Verkehrspolitik sind riesig. Große Infrastrukturmaßnahmen sind ebenso notwendig wie kleine Verbesserungen vor Ort. Deshalb müssen wir an beiden Stellen handeln: den Pendlerbus zum Industriegebiet etablieren und unser Schienennetz in Stand setzen. Und wir brauchen neue Antworten auf die Frage, wie unsere Mobilität künftig aussehen soll.



Wohnen

Mieterhöhung, Modernisierung, Umwandlung in Wohneigentum oder Eigenbedarfsklage: Für viele Menschen hat sich die Wohnsituation in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Ein Ausweichen aus den begehrten Innenstadtlagen an den Rand oder gleich raus aus der Stadt wird ebenfalls schwerer, denn die Entwicklung hat inzwischen auch den ländlichen Raum, vor allem den sogenannten Speckgürtel, erfasst. Andere Landstriche veröden. Wie kann den Menschen die Angst vor Wohnraumverlust auf der einen und vor dem Abgehängtsein auf der anderen Seite wieder genommen werden? Ist es Zeit für Tiny Houses oder für die Enteignung von Immobilienkonzernen?

Schwerpunktthema Wohnen



Steigende Mieten sind aktuell eines der großen gesellschaftlichen Themen – und ein Thema für Gewerkschaften. Denn tariflich durchgesetzte Lohnsteigerungen werden nicht selten von der Miete wieder aufgeessen. Und gewerkschaftlich erkämpfte Arbeitszeitverkürzungen entfalten nicht ihre volle Wirkung, wenn immer mehr Menschen auf langen Pendelstrecken im Stau stehen, weil eine Wohnung am Arbeitsort zu teuer wird. Es geht schlussendlich um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das haben wir mit unserer Aktionswoche **Bezahlbar ist die halbe Miete** im März deutlich gemacht. Das rege Medienecho hat gezeigt, dass wir damit einen Finger in die Wunde gelegt haben. Mit Aktionen vor Ort, mit Bündnisarbeit und gegenüber der Politik haben wir Druck gemacht – und wir machen weiter! Einige Beispiele für unsere Aktivitäten zum Thema Wohnen stellen wir hier vor.



Unterschriftenaktion des Bündnisses „Wir wollen wohnen“

Der DGB Nordrhein-Westfalen (NRW) hat im Bündnis mit dem Mieterschutzbund sowie Wohlfahrts- und Sozialverbänden im ersten Halbjahr 2019 über 31.000 Unterschriften für starke Mieterrechte und bezahlbaren Wohnraum gesammelt. Ein erster Erfolg: Die Landesregierung hat ihren Plan zurückgenommen, Mieterrechte zu schleifen. „Wir machen weiter Druck auf die Politik, denn viele Beschäftigte können es sich kaum mehr leisten, an ihrem Arbeitsort auch zu wohnen, und müssen weite Strecken pendeln“, sagt Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW.

Stadtführung in Koblenz

Eine Stadtführung als politische Veranstaltung? Die Idee ging in Koblenz auf. Das Motto der Stadtführung „Die Veränderung der Stadt“ zielte auf das Thema Wohnraum ab. Fachleute kamen mit interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern ins Gespräch. Dann folgte ein Podium mit Oberbürgermeister David Langner sowie dem Bundestagsabgeordneten Detlef Pilger, Vorsitzender der Genossenschaft Modernes Wohnen, zur Frage: Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, damit Wohnen bezahlbar bleibt? „Das Format war neu und hat gepasst“, so Sebastian Hebeisen vom DGB-Stadtverband Koblenz.





www.dgb.de/wohnen-hannover

Studie zum Wohnen in Hannover

In Hannover hat sich das Team um Regionsgeschäftsführer Torsten Hannig und Regionssekretär Ruben Eick für einen anderen Weg entschieden: Ihre fundierte Analyse der Wohnsituation zeigt, welche Probleme selbst Mittelschichtsfamilien bei der Wohnungssuche haben. „Wenn hart arbeitende Kollegen kaum noch zu akzeptablen Bedingungen Wohnungen mieten oder gar kaufen können, ist das allgemeine Wohlstandsversprechen aufgekündigt“, konstatiert Hannig. Ihre Studie präsentierten sie der Politik deshalb zusammen mit handfesten Forderungen für eine Verbesserung der Situation.



Schwerpunktthema Tarifbindung

In Deutschland profitieren immer weniger Beschäftigte von einem Tarifvertrag: 1998 arbeiteten noch 76 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 63 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland in Unternehmen mit Tarifbindung. Neun Jahre später waren es nur noch 57 bzw. 46 Prozent. Ein rasanter Rückgang – und der bringt große Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unsere Gesellschaft als Ganzes mit sich. So hat der DGB u. a. ausgerechnet, dass den Sozialversicherungen durch Tariffahrt und Lohndumping jedes Jahr rund 24,8 Milliarden Euro Beiträge entgehen.

DGB Hamburg bekämpft Tariffahrt mit kreativer Kampagne

„Mit Tarifvertrag gibt es mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen und oft mehr Urlaub“, erläutert Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger die individuellen Vorteile eines Tarifvertrags für Beschäftigte. „Von Arbeitgeberseite und Politik fordern wir deshalb: Schluss mit der Tariffahrt und Blockade bei der Allgemeinverbindlichkeit!“ So hat der Hamburger

DGB das Thema Tarifbindung schon seit Anfang des Jahres mit einer kreativen Kampagne auf die Tagesordnung des Stadtstaats gesetzt.

www.dgb.de/zukunftsdialog/tarif





www.dgb.de/tarifflicht-sachsen

Seit Herbst gibt es in Sachsen Tarifbindung volle Unterstützung aus dem Zukunftsdialog: Zum 7. Oktober, dem Tag der menschenwürdigen Arbeit, startete die zweite Aktionsphase des Zukunftsdialogs. Unter dem Motto **TARIF. GERECHT. FÜR ALLE** finden bis zum Frühjahr 2020 zahlreiche Aktionen statt. Wie beim ersten Schwerpunktthema Wohnen hat

der DGB-Bundesvorstand ein Set an Materialien erstellt, die seitdem deutschlandweit von DGB-Aktiven eingesetzt werden – zum Beispiel bei Aktionen vor Vorzeige-Betrieben, die zurück in die Tarifbindung gegangen sind, oder bei Unternehmen, die immer noch „tariffreie Zone“ sind.

Tarifverträge und Tarifflicht in Sachsen

Jeder Kreisverband, jede Region und jeder Bezirk entscheidet selbst, wie das Thema am besten platziert wird. So erstellte der DGB in Sachsen mit der Hans-Böckler-Stiftung eine wissenschaftliche Studie. Sie zeigt: Es liegt auch an dem niedrigen Anteil von Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen, dass die Durchschnittslöhne in Sachsen noch immer denen im Westen hinterherhinken. Der sächsische Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach sieht die Landespolitik in der Pflicht gegenzusteuern: „Es ist skandalös, dass Unternehmen mit Beteiligung des Freistaats oder kommunale Betriebe keine Tarifverträge anwenden. Sachsens Vergabegesetz braucht einen vergabe-

spezifischen Mindestlohn, eine Tariftreueregulierung sowie soziale und ökologische Kriterien.“

Bündnis für faire Vergabe in Rheinland-Pfalz

Auch in den anderen Bundesländern macht sich der DGB dafür stark, dass Tariftreue für Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbindlich wird. Denn die öffentliche Hand hat eine enorme Marktmacht: Jährlich vergeben Bund, Länder und Kommunen Aufträge in Höhe von 450 bis 500 Milliarden Euro. Das sind 15 Prozent des BIP. „Der Staat kann mit Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass Tarifverträge zur Anwendung kommen!“, so Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz/Saarland. Die Rheinland-Pfälzer haben deshalb das Bündnis „Faire Vergabe Rheinland-Pfalz“ mit initiiert. Ähnliche Initiativen wurden auch durch andere DGB-Bezirke bereits gestartet und tragen dazu bei, das Thema Tariftreue in die politische Debatte einzubringen. Gemeinsam mit dem BUND, dem Ent-



Fotos von Aktionen in ganz Deutschland

www.dgb.de/tarif-fotos

wicklungspolitischen Landesnetzwerk und Kirchen fordert der DGB jetzt für Rheinland-Pfalz gesetzliche Regelungen, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen verpflichten, ökologische und soziale Kriterien sowie die Menschenrechte entlang der Lieferkette zu berücksichtigen, zu kontrollieren und Verstöße zu sanktionieren. „Steuergelder dürfen nicht mehr für Produkte und Leistungen ausgegeben werden, bei denen nicht klar ist, ob Arbeits- und Menschenrechte eingehalten werden oder ob Tariftreue, gute Arbeit und ökologische Standards eine Rolle spielen“, so Muscheid.

TEIL II: LEUCHTTÜRME





» » „Ich finde es wichtig, dem DGB und der Gewerkschaft ein Gesicht zu geben.“

Dieter Bürk: Gute Arbeit

Wie kann unser DGB vor Ort einen Beitrag leisten, um das Thema Gute Arbeit in der Region zu verankern? Diese Frage stellt sich Dieter Bürk schon seit Jahren. Er ist Vorsitzender des DGB-Stadtverbands Karlsruhe und gehört zu den Initiatoren des DGB-Projekts Regionale Strukturpolitik und öffentliche Daseinsvorsorge (eSta) in Baden-Württemberg. Dabei setzt er auf Aktionen direkt vor Ort: „Wir machen hier keine große Weltpolitik, sondern wir wollen in die kommunale Politik hineinwirken und dort Akzente setzen.“

Dieter Bürks Hauptthema ist die Leiharbeit: In den Betrieben gibt es immer mehr Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die immer häufiger die Stammbeslegschaft ersetzen. Sie verdienen weniger und haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Hier sei auch die Politik gefragt, fand Bürk und nutzte seine guten Kontakte zu den Fraktionen im Gemeinderat, um das Thema „Gute Arbeit“ in den Rat einzubringen und für die Abschaffung von Leiharbeit zu werben. Seine Idee: Wenn die Stadt Karlsruhe als

erste auf Leiharbeit verzichten würde, könnte sie mehr Druck ausüben, damit die Unternehmen in der Region nachziehen. Ein erster Antrag der Grünen zu diesem Thema scheiterte jedoch. Daraufhin lud der DGB die Fraktionen von SPD, Linken, Grünen und kommunaler Wählervereinigung zu Gesprächen ein. Schließlich gelang es, eine gemeinsame Linie zu finden und einen interfraktionellen Antrag zu verabschieden, in dem die wichtigsten Ziele der Gewerkschaft enthalten sind. Leiharbeit darf es bei der Stadt Karlsruhe und in deren Eigenbetrieben jetzt nur noch mit Zustimmung des Gesamtpersonalrats geben. Damit ist klar, dass sie nur in Ausnahmefällen wie Krankheit oder bei Belastungsspitzen eingesetzt werden darf. Zudem müssen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von Anfang an den gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft erhalten. Auch die sachgrundlose Befristung von Stellen wurde auf Druck des DGB gestrichen.

Als Nächstes steht die Vergabe öffentlicher Aufträge auf dem Plan des umtriebigen Gewerkschafters. Das

 www.dgb.de/zukunftsdialog/tarif/videos



Dieter Bürk, 58, ist Sozialarbeiter und seit 1994 bei der Stadt Karlsruhe angestellt. Schon während seiner ersten Ausbildung zum Feingeräteelektroniker wurde er Mitglied der IG Metall und setzte sich als Jugend- und Auszubildendenvertreter in seinem Betrieb für bessere Arbeitsbedingungen ein. Heute engagiert er sich bei ver.di und seit sechs Jahren beim DGB. Er ist in der zweiten Amtsperiode freigestellter Personalrat und hat über Jahre viel Bündnisarbeit betrieben: mit Politik und Wirtschaftsverbänden, den Kirchen und dem lokalen Klimabündnis. Aktuell ist er im Austausch mit der Technologieregion, einem Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden in der Region Karlsruhe.

Ziel: Gute Arbeit, Tarifbindung, Nachhaltigkeit und Regionalität in den Vergaberichtlinien verankern. Der Oberbürgermeister signalisierte Offenheit, deshalb hat Dieter Bürk für Herbst einen ersten gemeinsamen

Termin verabredet, bei dem sich die Expertinnen und Experten von DGB und Stadt austauschen werden. Außerdem wird er im Herbst wieder Gespräche mit den Fraktionen im neu gewählten Gemeinderat führen, um über Tarifbindung und nachhaltige Vergabe zu sprechen. Auch auf die kirchlichen Arbeitnehmervertretungen will Bürk zugehen und nicht zuletzt auf die Arbeitgeberverbände, denn „die haben ja auch Vorteile von der Tarifbindung, zum Beispiel weniger Wettbewerbsverzerrung durch Dumping-Angebote und mehr Transparenz im Wettbewerb“.

Sein hartnäckiges gewerkschaftliches Engagement brachte Dieter Bürk den Spitznamen „Gute-Arbeit-Bürk“ ein. Doch solche Schmeicheleien wehrt er ab: „Wir brauchen keine Ehrentitel, wir brauchen gute Arbeit. Was wir machen, ist eigentlich selbstverständlich.“ Beim Zukunftsdialog setzt Dieter Bürk vor allem auf die Weitergabe von Erfahrungen: Die Ehrenamtlichen in den Stadt- und Kreisverbänden brauchen einen guten Austausch, um voneinander zu lernen.





„Zu unserer Vereinsgründung kamen Menschen, die sagten, ich bin lesbisch oder schwul, und hier kann ich es zum ersten Mal offen zeigen – bei mir zu Hause weiß es keiner.“

Marlene Schönberger: Der erste Christopher Street Day in Niederbayern!

Marlene Schönberger arbeitete in der letzten Legislatur als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Grünen im Bayerischen Landtag. Dort berichtete ein Abgeordneter, es gebe in ganz Niederbayern keine einzige Anlaufstelle für queere Menschen, also Menschen, die nicht heterosexuell sind oder sich nicht mit ihrem eingetragenen Geschlecht identifizieren. „Da muss man doch was tun!“, dachte sich Schönberger. „Wir schreiben schließlich das Jahr 2019!“ So kam sie auf die Idee, einen Verein für queere Menschen in Niederbayern zu gründen. Als Mitglied im Kreisvorstand des DGB Dingolfing-Landau konnte sie dabei von Anfang an auf die Unterstützung des DGB zählen, denn der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein wichtiges Thema beim Zukunftsdialog und dazu gehört auch der Umgang mit Diversität.

In München, so Schönberger, könnten sich lesbische, schwule, trans-, bi- und intersexuelle oder queere Menschen (LGTBIQ) offen zeigen, aber auf dem Land herrschten doch noch starke Tabus. Vor allem Jugendliche hätten große Probleme, offen über ihre

sexuelle Orientierung zu sprechen, und es gebe immer noch eine hohe Selbstmordrate, besonders unter Transsexuellen. Dazu kommt, dass weltweit die Unterdrückung zunimmt: In über 70 Ländern ist Homosexualität strafbar, mancherorts steht darauf sogar die Todesstrafe. In der Türkei kann man neuerdings sogar für das Tragen einer Regenbogenfahne ins Gefängnis wandern, der Christopher Street Day (CSD) ist dort inzwischen wieder illegal. In Deutschland ist die „Ehe für alle“ jetzt glücklicherweise Realität, aber es gibt immer noch Probleme, etwa im Adoptionsrecht oder im Transsexuellengesetz, so Schönberger.

Am 18. Juni 2019 wurde der Verein „Queer in Niederbayern“ offiziell gegründet – und erwies sich sofort als Riesenerfolg. Zur Gründungsversammlung kamen zwischen 80 und 100 Menschen aller Altersstufen, viele wollten gleich im Verein mitarbeiten. „Das zeigt, wie groß der Bedarf ist, und wie nötig die Vereinsgründung war“, sagt Marlene Schönberger, die zur Vorsitzenden gewählt wurde. „Noch immer

 www.dgb.de/zukunftsdialog/christopher-street-day-in-landshut



Marlene Schönberger, 28, hat am Geschwister-Scholl-Institut in München Politikwissenschaft studiert und promoviert dort jetzt in einem Theorie-Praxis-Projekt zur Zukunft der Demokratie. Der DGB ist einer der Praxispartner des Projekts. Schönberger ist sowohl bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als auch beim DGB aktiv.

erfahren queere Menschen in unserer Gesellschaft Diskriminierung und Gewalt.“ Den Initiatorinnen und Initiatoren war es ganz wichtig, möglichst viele Akteure aus Politik und Gesellschaft mit ins Boot zu holen und den Verein breit aufzustellen. Dazu zählen auch die Gewerkschaften: Vom DGB kam neben Marlene Schönberger die Landshuter Kreisverbandsvorsitzende Anja Wessely, die auch die Veranstaltung moderierte. Andere Vereinsmitglieder engagieren sich bei ver.di und der IG Metall.

Der Verein setzte sich das ehrgeizige Ziel, am 28. September den ersten CSD in Niederbayern zu feiern, mit Partyzug und einer Kundgebung für Vielfalt und gleiche Rechte sowie einem großen Straßenfest mit Bühnenprogramm. Mehr als 2.000 Gäste kamen. Dafür erhielt „Queer in Niederbayern“ breite Unterstützung: Der Bürgermeister von Landshut war Schirmherr der Veranstaltung, der Landrat schickte einen Vertreter. BMW und Lufthansa kamen auf den Verein zu, viele lokale Vereine waren mit dabei, ebenso wie Hochschulgruppen aus Passau. Besonders wichtig war die Hilfe des DGB: Der CSD sollte am selben Ort gefeiert werden wie der 1. Mai, und hier vermittelte Anja Wessely wertvolle logistische Unterstützung. Der DGB Niederbayern nahm auch mit einer Gruppe am Umzug teil und organisierte einen Zukunftsdialog-Stand. Wichtig war dem Organisationsteam, dass ebenso viele Frauen wie Männer auftreten sollten, neben lokalen Bands auch ein feministisches DJane-Kollektiv.



Marlene Schönberger beim Christopher Street Day am 28. September 2019

„Diskriminierung kann man nur beenden, wenn wir sichtbar sind, und wenn die Menschen merken, das sind ja ganz normale Leute, Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen oder Kollegen“, sagt Schönberger. Sie selbst sitzt in Adlkofen im Gemeinderat und wurde nach der Vereinsgründung von vielen Menschen angesprochen. Ob das denn sein müsse, so ein öffentliches Engagement für Homosexuelle? Genau das sei ja das Ziel, queere Menschen aus der Verborgenheit herauszuholen, meint Schönberger,

die jetzt immer mehr Gespräche zu diesem Thema führt. Gerade auf dem Land gebe es noch viel Unwissen oder Vorurteile, die im Dialog abgebaut werden könnten. Schönberger ist optimistisch, dass der CSD hier ein Zeichen für die Zukunft setzen wird.



„Eine bessere Infrastruktur für alle Beschäftigten ist entscheidend für die Unternehmen.“

Andreas Clemens: Mobilität im Industriegebiet Trier-Monaise

Im Industriegebiet Trier-Monaise arbeiten 5.000 Menschen in etwa 200 Unternehmen, allein die vier größten Firmen haben 3.000 Beschäftigte. Und es sollen noch mehr werden: Weitere Ansiedlungen sind geplant. Doch wie kommen all diese Menschen zu ihren Arbeitsplätzen? Mit dem Auto? „Wir haben gar nicht so viel Raum für riesige Parkplätze, das kann nicht die Lösung sein“, sagt Andreas Clemens, der seit 2002 im Betriebsrat beim Tabakproduzenten Heintz van Landewyck ist. „Da haben wir überlegt: Was können wir Betriebsräte machen?“

In den letzten Jahren haben die Betriebsräte von Japan Tobacco International, Mayr-Melnhof Graphia und der Zeitung Trierer Volksfreund den gemeinsamen Arbeitskreis Trier-Monaise gegründet, in dem auch Andreas Clemens Mitglied ist. Ihr Anliegen ist es, sich für die Belange der Beschäftigten im Industriegebiet einzusetzen. Ein erster Erfolg war der Aufbau der Kita „Krabbelstube Mäusenest“. Jetzt wollen sie herausfinden, wie sie die Fahrradwege und die Anbindung des öffentlichen Personennah-



Andreas Clemens, 48, ist kaufmännischer Angestellter und Vorsitzender des Betriebsrates beim Tabakproduzenten Heintz van Landewyck. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Trier-Saarburg und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der NGG-Region Trier.

verkehrs (ÖPNV) verbessern können. „Wir haben eigentlich eine Haltestelle direkt vor der Tür. Doch da fährt der letzte Bus um 18:15 Uhr. Unsere Spätschicht geht aber bis 22:30 Uhr“, erzählt Andreas Clemens. Dann müssten die Beschäftigten 500 Meter im Dunkeln quer durchs Industriegebiet laufen; das sei gerade den Frauen nicht angenehm. Der DGB in der Region Trier vermittelte ihnen den Kontakt zu Oberbürgermeister Wolfram Leibe, der bei seinem Amtsantritt versprochen hatte, die Verkehrswende in Trier umzusetzen. Leibe war begeistert und übernahm die Schirmherrschaft über das Mobilitätspro-



Stefan Strohm, Andreas Clemens, Jürgen Keipinger und Gerd Willems vom Arbeitskreis Trier-Monaise

jekt. Andreas Clemens und seine Kollegen suchten auch das Gespräch mit den Trierer Verkehrsbetrieben (SWT) – und die baten die Betriebsräte, den Bedarf zu ermitteln. Doch wie sollten sie das bewerkstelligen?

Andreas Clemens und seine Kollegen im Arbeitskreis beschlossen, eine Umfrage unter den Beschäftigten des Industriegebiets durchzuführen. Dabei wurden sie von der Gewerkschaft NGG und dem DGB finanziell unterstützt. Es gab eine Auftakt-

veranstaltung beim Trierer Volksfreund mit dem DGB sowie den Betriebsräten und Geschäftsführern der beteiligten Unternehmen. Der Oberbürgermeister versprach: „Wir werden hier etwas ändern“, und der SWT-Bus-Chef bezeichnete die Umfrage als „großes Geschenk“. Mit der Entwicklung des Fragebogens wurde ein Stadtplanungs-Student der Universität Trier beauftragt, der die Bögen anschließend auch an alle weiteren interessierten Firmen im Industriegebiet weitergab. Die Betriebsräte verteilten in ihren Firmen die Fragebögen persönlich an die Beschäftigten und baten auch passionierte Autofahrerinnen und Autofahrer um ihr Feedback. Manche waren skeptisch, andere freuten sich: „Endlich packt mal einer die Busverbindungen an!“ 20 Prozent der Fragebögen kamen zurück, die Ergebnisse wurden in einer Pressekonzferenz am 31. Oktober 2019 präsentiert.

„Es gibt viel guten Willen auf allen Seiten, wir müssen das jetzt nur kanalisieren, und es muss konkrete Maßnahmen geben“, sagt Andreas Clemens. Jetzt geht es darum, geeignete Abfahrtszeiten für die Hal-

testellen der Betriebe zu ermitteln, die Linienführung zu verbessern und genügend Fahrzeuge bereitzustellen, damit die Busse zu den Stoßzeiten nicht völlig überfüllt sind. Auch die hohen Preise im ÖPNV seien ein Thema. Hier holte sich Andreas Clemens, der auch im Europäischen Betriebsrat sitzt, Anregung von seinen Luxemburger Kolleginnen und Kollegen: Sie bekommen ein Jobticket, das der Arbeitgeber zu 50 Prozent finanziert.

Ein erster Erfolg kann bereits verbucht werden: Der Bus fährt neuerdings um 5:45 Uhr die Haltestellen für die Frühschicht an. Von diesen Erfahrungen und Erfolgen in der Grenzregion Trier können über den Zukunftsdialog auch andere Regionen profitieren.



» „Das Thema Transformation brennt bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und auch bei den Studierenden auf den Nägeln.“




Erik Wolf: Gewerkschaft meets Wissenschaft – Transformation mitgestalten!

Voller Inspiration kam DGB-Regionsgeschäftsführer Erik Wolf vom Berliner Auftakt des Zukunftsdialogs zurück nach Leipzig und begann, in Nordsachsen herumzfragen: Was sind die Themen, die Euch beschäftigen? Eines der ersten Gespräche führte er mit Bernd Kruppa, dem Ersten Bevollmächtigten der IG Metall in Leipzig. Schnell war klar: Mit dem Klimawandel und der Digitalisierung steht die Automobilbranche vor großen Veränderungen, und es braucht einen Zukunftsdialog – mit den Kolleginnen und Kollegen, aber auch mit Wissenschaft und Gesellschaft. Dazu wollten die beiden Gewerkschafter nach draußen gehen, um vor allem mit jungen Menschen zu reden. So entstand der Plan für eine halbtägige Konferenz zum Thema Transformation an der Universität Leipzig.

Das Besondere: Es sollte nicht nur Vorträge und eine Podiumsdiskussion geben, sondern einen informellen Austausch, in dem die unterschiedlichen Milieus von Gewerkschaft und Wissenschaft, Beschäftigten in der Automobilbranche und Klimaaktivistinnen

und -aktivisten miteinander ins Gespräch kommen. „Unser Ziel war es, die politischen Akteure miteinander zu vernetzen, damit sie in Kenntnis der anderen

 Der 42-jährige **Erik Wolf** ist Erwachsenenpädagoge und seit fünf Jahren hauptamtlich beim DGB aktiv. Zuvor war er drei Jahre Dozent und Geschäftsführer des Zentrums für Medien und Kommunikation an der Universität Leipzig.

Bewegungen agieren können. Das schafft Stärke, man ist nicht länger isoliert“, sagt Wolf. Schon bei der Planung der Konferenz sprach Erik Wolf die DGB-Hochschulgruppe an. Obwohl die Konferenz in der Prüfungsphase stattfand, erschienen zahlreiche Studierende. Sie stellten etwa ein Drittel der rund 130 Teilnehmenden. Die übrigen kamen vor allem aus Betriebs- und Personalräten, aber auch aus dem Kreis der Hochschulbeschäftigten, dem wissenschaftlichen Nachwuchs und der politischen Bildung.



IG Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann (2.v.r.) beim Transformationskongress am 20. Februar 2019

Zudem saßen mehrere Abgeordnete aus Landtag und Bundestag im Publikum.

Und es kamen hochkarätige Redner: Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann wies gleich zu Beginn darauf hin, dass es in den nächsten zehn Jahren zu einschneidenden Veränderungen kommen werde, man könne nicht jeden Arbeitsplatz verteidigen. Deshalb müsse die Gewerkschaft diese Transformation mitgestalten. Professor Klaus Dörre von der

Universität Jena berichtete vom Kohleausstieg in der Lausitz und warnte: Wer die Sorgen der Betroffenen ignoriere, der müsse damit rechnen, dass sie falsche Entscheidungen trafen und beispielsweise Klimaleugner wählten. Weitere Redner waren Professor Jens Südekum von der Universität Düsseldorf, der zu Digitalisierung und Robotereinsatz in der Industrie forscht, und Jens Köhler, Betriebsratsvorsitzender bei BMW in Leipzig. Er verwies darauf, dass die Menschen im Osten schon seit 29 Jahren mit einem

radikalen Strukturwandel zurecht kommen müssten – und immer noch längere Arbeitszeiten hätten als im Westen. „Es war nicht konfliktfrei, keineswegs“, erzählt Erik Wolf, denn in der Diskussion prallten die Angst vor Arbeitsplatzverlust und Zukunftsängste wegen des Klimawandels hart aufeinander. Leipzig ist eine stark politisierte Stadt, es gibt bis heute viele Arbeitskämpfe. Zugleich ist es die Automobilindustrie, die der Stadt ihren derzeitigen Boom beschert hat.

Im Vorfeld hatten Wolf und sein Team lange überlegt, wie sie die unterschiedlichen Gruppen miteinander in einen echten Dialog bringen könnten. Schließlich kamen sie auf die Idee, eine längere Frühstückspause einzuplanen, und zwar in einem schmalen Foyer, in dem sich die Teilnehmenden zwangsläufig über den Weg laufen mussten. Und tatsächlich ging der Plan auf, an allen Tischen wurde engagiert diskutiert. Das Ergebnis? „Wir haben keine spektakulären Lösungen gefunden, aber die Menschen haben einander zugehört, sie haben respektvoll miteinander

gesprochen und Verständnis für die Positionen der anderen Seite entwickelt.“

Erik Wolf hat schon die nächste Veranstaltung für den Zukunftsdialog im Auge: Anfang 2020 könnte es um den Strukturwandel im Verkehrssektor gehen. Die Kolleginnen und Kollegen von ver.di und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG will er mit an Bord holen. Den Zukunftsdialog kennen sie auf jeden Fall schon – denn sie waren bei der Transformationskonferenz mit dabei.



» „Wohnungen sind heute eher Anlageobjekte als Orte zum Leben.“

Kreisverband Esslingen-Göppingen: Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Stuttgart liegt auf Platz 3 der Großstädte mit den höchsten Mieten, das benachbarte Esslingen auf Platz 16. In Esslingen stiegen die Mieten in den letzten vier Jahren um über zwölf Prozent, zugleich schrumpfte in ganz Baden-Württemberg der Bestand an sozialem Wohnungsbau. Im Neckartal sitzen Daimler-Benz, Bosch und viele Zulieferer der Automobilindustrie. Entsprechend ist Wohnraum im gesamten Großraum knapp. Ein wichtiges Thema für den Zukunftsdialog.

Peter Schadt, Regionssekretär beim DGB Nordwürttemberg, unterstützt hauptamtlich das Engagement seines Kreisverbandes Esslingen-Göppingen, der bereits seit über zwei Jahren im sogenannten eSta-Projekt des baden-württembergischen DGB zu Strukturpolitik und öffentlicher Daseinsvorsorge arbeitet. Der Kreisverband Esslingen-Göppingen hatte sich im Rahmen des Projektes dafür entschieden, einen Strukturbericht für Esslingen und Göppingen zu erstellen. Vorangetrieben hat diese Entscheidung der Kreisvorsitzende Gerhard Frank. Für den Bericht

erarbeitete der Kreisverband ein Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort. Dabei erhielten sie zahlreiche Rückmeldungen zur Wohnungslage.

„Das Thema brennt vielen Kolleginnen und Kollegen in der Region auf den Nägeln“, sagt Frank. Doch es ist gar nicht so leicht, sich hier einzuarbeiten: Sein DGB-Kreisverband hatte ein Jahr lang recherchiert, um dann solide Aktionen zu den Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg auf die Beine zu stellen. Es gab drei Ziele: Zweckentfremdungsverbot – d. h. das Verbot normale Wohnungen gewerblich zu vermieten –, die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels – also eine ständig aktualisierte Übersicht der Durchschnittsmieten, die nach wissenschaftlichen Grundsätzen erhoben wird – und die Erfassung von Leerstand.

Besonders erfolgreich war der Kreisverband mit seiner Recherche zur Online-Plattform Airbnb und zu Zweckentfremdungen. Das Ferienwohnungsportal steht seit Jahren in der Kritik, weil hier viele Woh-



nungen kommerziell an Touristen vermietet werden und dadurch nicht mehr als normaler Wohnraum zur Verfügung stehen. Das DGB-Team hat auf dem Online-Portal nachgezählt, wie viele Ferienwohnungen in Esslingen und Göppingen angeboten werden, und die Ergebnisse veröffentlicht. Diese Informationen sind nicht geheim, sondern auf der offiziellen Website abrufbar. „Das kann jeder nachmachen“, so Frank. Nach der Veröffentlichung meldete sich in der Göppinger Zeitung eine Sprecherin des weltweit operierenden Unternehmens zu Wort – ein großer Erfolg für den DGB. Sie bestritt die vom Kreisverband veröffentlichten Zahlen und erklärte, die meisten Wohnungen würden nur gelegentlich vermietet, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner verreist seien. Damit gab sie aber indirekt zu, dass eben doch ein Teil der Wohnungen auf Airbnb gewerblich vermietet werden: „Das war ein Eingeständnis, dass es hotelähnliche Vermietungen bei uns gibt“, erklärt Schadt, und ein gutes Argument, für das Zweckentfremdungsverbot in Esslingen zu werben. Mit dem

Zukunftsdialog soll jetzt auch ein bundesweites Gesetz dazu angestoßen werden.

Der Kreisverband hat auch eine Liste mit konkreten Forderungen zum qualifizierten Mietspiegel und zur Erfassung von Wohnungsleerstand erarbeitet. Damit wandte er sich an alle Fraktionen im Gemeinderat und sprach ausführlicher mit SPD, Grünen und Linken. Ein Teil dieser Gespräche wurde in einem Podcast des von Schadt mit produzierten Arbeitsweltradios der DGB-Region veröffentlicht.

Hinzu kamen weitere Aktionen vor Ort: Als der Kreisverband erfuhr, dass eine große Immobiliengesellschaft einen Wohnblock gekauft hatte und nun Modernisierungen geplant waren, wollten sie gegensteuern. So überzeugten sie die Fraktion der Linken einen Antrag im Gemeinderat einzubringen, um das Gebiet unter Milieuschutz zu stellen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber der Kreisverband gewann durch diese Aktion neue aktive Mitglieder. Es zeigt sich: Das engagierte Vorgehen, auch mit modernen

Methoden, die der Zukunftsdialog unterstützt, zieht neue Mitstreiter an.

Gerhard Frank und Peter Schadt freuen sich darauf, das Struktur-Projekt über die Kommunalwahl hinaus weiterzuführen. „Mit dem Zukunftsdialog konnten wir unser eSta-Projekt evaluieren und schauen, was hat gut funktioniert, was hat nicht geklappt.“ Jetzt können sie ihr Wissen anderen Stadt- und Kreisverbänden zur Verfügung stellen. „Kopiert uns!“, ermutigt Schadt.

Arbeitsweltradio, der Podcast der DGB-Region Nordwürttemberg



» „Wir müssen anders mit den Menschen ins Gespräch kommen.“

Agnieszka Zimowska: Die Veranstaltungsreihe „dabei.digital.nachhaltig.sozial“ in Göttingen

Schon 2016 kam Agnieszka Zimowska, mittlerweile Geschäftsführerin der DGB-Region Südniedersachsen-Harz, die Idee einer Veranstaltungsreihe zum digitalen Wandel. Sie wollte herausfinden: Was bewegt die Menschen im Zeitalter der Digitalisierung, welche Probleme und Chancen sehen sie? Den richtigen Rahmen bot dann der Zukunftsdialog des DGB, der die Menschen bei ihren Fragen und Sorgen rund um Arbeits- und Lebenswelt abholt. „Wir müssen mitgestalten und den digitalen Wandel nicht einfach über uns kommen lassen, sonst verlieren wir 150 Jahre gewerkschaftliche Mitbestimmungsfähigkeit“, ist Zimowska sicher. „Wir dürfen uns nicht von unseren Ängsten bestimmen lassen, denn die politischen Profiteure sitzen schon in den Startlöchern.“ Bei jeder technischen Revolution, ob Druckmaschine, Webstuhl oder Fließband, habe es immer Angst vor der Allmacht der Technik und der Ohnmacht der Menschen gegeben. Doch die Menschen hätten immer Möglichkeiten zur Gestaltung des Wandels gefunden, gerade

auch die Gewerkschaften. Auch heute besäßen sie natürlich nicht alle Antworten, aber sie könnten neue Chancen und Wege aufzeigen. Genau darum geht es bei den Veranstaltungen.



Agnieszka Zimowska, 44, war acht Jahre Organisationssekretärin des DGB in der Region Südniedersachsen-Harz, bevor sie im September 2019 die Geschäftsführung übernahm. Die studierte Kultur- und Sozialwissenschaftlerin interessiert sich sehr für gesellschaftspolitische und kulturelle Entwicklungen, schaut gern über den Tellerrand. In Göttingen ist sie gut in Kultur und Hochschule vernetzt, zugleich befinden sich drei ihrer vier Kreisverbände auf dem Land und vermitteln ihr noch einmal ganz andere Perspektiven.

Zimowska war klar, dass sie eine solche Veranstaltungsreihe nicht allein gestalten konnte, und suchte nach Mitstreitenden. 2018 traf sie Dr. Petra F. Köster, die neue Regionalleiterin der vom DGB und den Volkshochschulen getragenen Bildungseinrichtung „Arbeit und Leben Niedersachsen“. Der Funke zündete: „Manchmal braucht man einfach die richtige Kooperationspartnerin, um ein Projekt zu starten“, sagt Zimowska. Der Dritte im Bunde wurde Frank Mußmann, Leiter der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaft in Göttingen. Gemeinsam konzipierten sie die Reihe „dabei.digital nachhaltig.sozial“ im Rahmen des Zukunftsdialogs. Köster und Zimowska bewerben die Veranstaltungen verstärkt in den sozialen Netzwerken. Dass schon bei der Einladung auf professionelle Videoclips gesetzt wird, wie sie es tun, ist noch kein Standard im DGB. Der Zukunftsdialog gibt auch hier Raum, neue Wege zu gehen.

An den sechs Abenden der Veranstaltungsreihe werden ganz verschiedene Themen angesprochen: Mitbestimmung im Netz, Roboter in der Pflege, Digitalisierung der Bildung, Shopping und Banking im Internet, Burn-out und ständige Verfügbarkeit. Bei jedem Thema wird geschaut: Wie können Gewerkschaften hier die Situation verbessern? Dabei ist es Zimowska besonders wichtig, in den Dialog zu kommen und neue Formate für Gespräche zu finden, an denen sich das Publikum stärker beteiligen kann als sonst üblich. Nur so könne man die Digitalisierung auch greifbar machen. Zu ihren Talkrunden lädt sie spannende Gäste an unkonventionelle oder neue Orte ein, die die Menschen auch nach Feierabend noch locken. Jedes Mal gibt es andere Kooperationspartner, und eine andere Gewerkschaft stellt die Expertinnen und Experten. Als Förderer konnte Zimowska die Hans-Böckler-Stiftung und die Allianz für Nachhaltigkeit im Land Niedersachsen gewinnen. Alle Teilnehmenden sind eingeladen, ihre Smartphones mitzubringen und sich im Chat oder über eine Abstimmungs-App zu beteiligen. Zudem

begleitet ein Filmteam die Veranstaltungen. Alle Interessierten können sich anschließend die Clips auf YouTube anschauen.

Die erste Veranstaltung fand kurz vor der Europawahl im Jungen Theater Göttingen statt. Das Thema lautete „Shitstorm oder Debatte – Bringt die Digitalisierung mehr Mitsprache?“. Als Gewerkschaftsexpertin war Christina Domm vom Gesamtpersonalrat der Deutschen Rentenversicherung dabei. Das Publikum war bunt gemischt, und zur allgemeinen Überraschung outete sich sogar ein Teilnehmer als Troll: Ein Störenfried, der gewöhnlich nur anonym im Netz agiert, stand plötzlich real im Raum inmitten der Teilnehmenden. Zu Beginn konnte er noch mitdiskutieren, musste aber den Raum verlassen, als er die Veranstaltung störte. Es folgte eine produktive Debatte mit vielen Fragen und Erfahrungsberichten aus dem Publikum. Wie gefährlich ist es, im Netz seine Meinung zu äußern? Was macht Hassrede mit uns? Gibt es auch Chancen für demokratische Prozesse im Netz?



Im September fand die Talkrunde „Holodeck statt Klassenraum?“ in einer digitalen Vorzeige-Schule statt. Mit dabei war Thomas Dornhoff von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Schulhauptpersonalrat Niedersachsen. Im Zentrum der Debatte standen die Fragen: Wird Bildung jetzt total digital? Wie müssen sich Lehrende weiterbilden? Wie lernen wir für die Digitalisierung?

In der nächsten Veranstaltung geht es mit „Cyborgs und Pflegebots“ um die Situation in der Pflege.

 www.dgb.de/zd-youtube

Alle Termine und Infos zur Veranstaltungsreihe:

 suedniedersachsen-harz.dgb.de/termine/dabei-digital-nachhaltig-sozial

TEIL III: DEBATTE AUF DER DIALOG- PLATTFORM

Unsere Online-Dialogplattform redenwirueber.de bietet Raum für Debatten zu 14 Themen. Die folgenden Seiten zeigen eine Momentaufnahme ausgewählter Debatten: Arbeitsbedingungen, Wohnen, Energieversorgung und Klimaschutz, Demokratie und Zusammenhalt sowie Alterssicherung. Zu diesen fünf Themen haben wir bereits jetzt besonders vielfältige Impulse erhalten. Alle Beiträge, die wir im Zukunftsdialog erhalten, werden von uns ausgewertet und fließen in die Entwicklung neuer Konzepte ein.

„Menschliche Arbeitsgestaltung“

Ob gleiche Bezahlung von Frauen und Männern oder Anerkennung für geleistete Arbeit – gerechte Entlohnung und gute **Arbeitsbedingungen** liegen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des DGB-Zukunftsdialogs am Herzen. Verschiedene Formen von Ungerechtigkeit werden auf der Dialogplattform zum Thema gemacht – und dies teils sehr konkret. So sind viele der Meinung, dass insbesondere soziale Berufe in der Gesellschaft nicht angemessen entlohnt und wertgeschätzt werden. Die Beiträge geben einen guten Einblick in die heutige Arbeitswelt mit ihren Beschäftigungsverhältnissen und Branchen. Forderungen nach Tariflöhnen, dem Abbau prekärer Arbeit, mehr Personal, weniger Stress und kürzeren Arbeitszeiten werden erhoben, so zum Beispiel: „Feste Anstellung statt prekärer Arbeitssituation“ und eine „Anti-Stress-Verordnung muss mehr sein als Yoga“. Die Wertschätzung von Familie und das Thema Work-Life-Balance sind vielen wichtig.

Lebhaft und vielfältig geht die Debatte um Lösungsansätze weiter. „Gleicher Lohn für alle“ – dieser

weitreichenden Forderung stehen Stimmen gegenüber, die den Lohn an Ausbildung, Arbeitszeiten oder Belastungen knüpfen möchten. Bei der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ stehen die ungleiche Bezahlung für Frauen und Männer, aber auch andere Lohnungerechtigkeiten wie die zwischen Ost und West oder die Schlechterstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern gegenüber der Stammbesetzung in der Kritik. Daraus leiten sich Forderungen nach gerechteren und höheren Löhnen und Mindestlöhnen ab. Ein Beitrag bestärkt den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften: „Kämpft weiter für den Mindestlohn.“ Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz, beispielsweise von Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten oder Menschen mit Behinderung, wird zudem als Missstand angeprangert.

Was alle Beitragenden teilen, ist der grundsätzliche Wunsch nach einer Kultur der Anerkennung und Wertschätzung sowie nach Fairness und Gerechtigkeit.



„Wohnen muss bezahlbar sein.“

Das Thema **Wohnen** stößt auf große Resonanz. Die zahlreichen Aktionen in der „Aktionswoche Wohnen“ (s. S. 17) ermöglichten es, sich unmittelbar vor Ort zu positionieren. Und auch auf der Dialogplattform wird die Debatte engagiert geführt. Die Bezahlbarkeit von Wohnraum ist für viele das drängendste Problem. Für die einen garantiert das Recht auf Wohnen die Sicherung eines existenziellen Bedürfnisses. Sie betrachten Wohnraum als Allgemeingut. Andere legen den Fokus eher auf die Marktmechanismen und kritisieren Gewinnmaximierung.

In den Beiträgen werden konkrete Beispiele angeführt, wie sich neue Lebensumstände auch auf die Anforderungen an die Wohnsituation auswirken: Familiengründung, Trennung, Arbeitslosigkeit oder Rentenbeginn. Ein Wohnungswechsel ist für viele zu teuer oder bedeutet tiefe Einschnitte, wie der Umzug in eine kleinere Wohnung oder der ungewollte Wechsel an den Stadtrand. Schließlich thematisieren Diskussionsteilnehmende auch, dass das Wohnumfeld lebenswert sein sollte. Dazu werden die Nähe

zu Grünflächen, eine gute Infrastruktur, aber auch die Durchmischung der sozialen Struktur eines Wohnviertels gezählt.

Wie können bezahlbares, bedarfsgerechtes und lebenswertes Wohnen Wirklichkeit werden? Die Forderungen reichen von der Mietpreisbremse über mehr sozialen Wohnungsbau bis zur Vergabe öffentlicher Grundstücke. Welche Rolle sollen Kommunen künftig spielen? Die Losung „Wiener Modell überall!“ verweist auf die österreichische Hauptstadt, die erfolgreich ihre Tradition des sozialen Wohnungsbaus pflegt.

Beitragende sehen die Politik gefordert, in bezahlbarem Wohnraum zu investieren und den sozialen Wohnungsbau wieder zu stärken; aber auch Kirchen, Sozialverbände und Gewerkschaften werden als Akteure ins Spiel gebracht, die die Verhältnisse ändern und für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen können.



„Die Klimawende müssen WIR mitgestalten.“

Energieversorgung und Klimaschutz – für die Mehrheit sind das wichtige Zukunftsthemen, die sofortiges Handeln notwendig machen. Dabei lassen sich zwei Richtungen unterscheiden. Die einen meinen, es solle schnell und radikal ohne Rücksicht auf soziale Belange gehandelt werden. Der Klimawandel müsse oberste Priorität haben: „Wenn das Klima nicht gerettet wird, bringen uns ausreichend Jobs auch nichts mehr.“ Die anderen wollen Klimaschutz sozialverträglich gestalten: „Die sozial Schwachen dürfen bei den ‚Fridays for Future‘ nicht auf der Strecke bleiben.“ Wie sich Klimapolitik sozial gestalten lässt, dazu haben einige Teilnehmende konkrete Ideen, wie zum Beispiel einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr.

Viele Beiträge betonen darüber hinaus die individuellen Möglichkeiten, gegen den Klimawandel vorzugehen und die Umwelt zu schützen: „Jeder muss seinen Beitrag leisten, wie er persönlich kann.“ Im Zentrum steht das eigene Konsumverhalten. Zum Fleischkonsum meint ein Beitrag: „Wir leben in einer Zeit,

in der man wählen kann, ob man diese Produkte konsumiert: Wieso sollte man dann den umweltbelastenden und inhumanen wählen?“ Bäume zu pflanzen und Dinge zu reparieren statt wegzuschmeißen werden als konkrete Handlungen empfohlen.

Die Debattierenden haben sich intensiv mit ökologischen Fragen beschäftigt und unterbreiten konkrete Vorschläge. „Ein grüner Marshallplan bedeutet zehntausende neue tarifgebundene Arbeitsplätze in öffentlicher Hand.“ Fahrverbote und das Verbot von Massentierhaltung werden in den Beiträgen ebenso diskutiert wie die Kosten des Fliegens, CO₂-Reduktion oder E-Mobilität. Es wird mehr Forschung und Entwicklung gefordert, um den Klimaschutz voranzutreiben. Im Hinblick auf die Zukunft der Kinder und Enkel wird gefragt: „Für alles ist Geld da, aber nicht für die Rettung unseres Planeten?“ Um diesen zu retten, brauche es auch die Gewerkschaften. „Die Gewerkschaften müssen eine zukunftsfähige Erzählung über eine nachhaltige und global verallgemeinerbare Produktions- und Lebensweise entwickeln.“



„Wir müssen wieder mehr streiten. Aber mit Regeln und Respekt.“

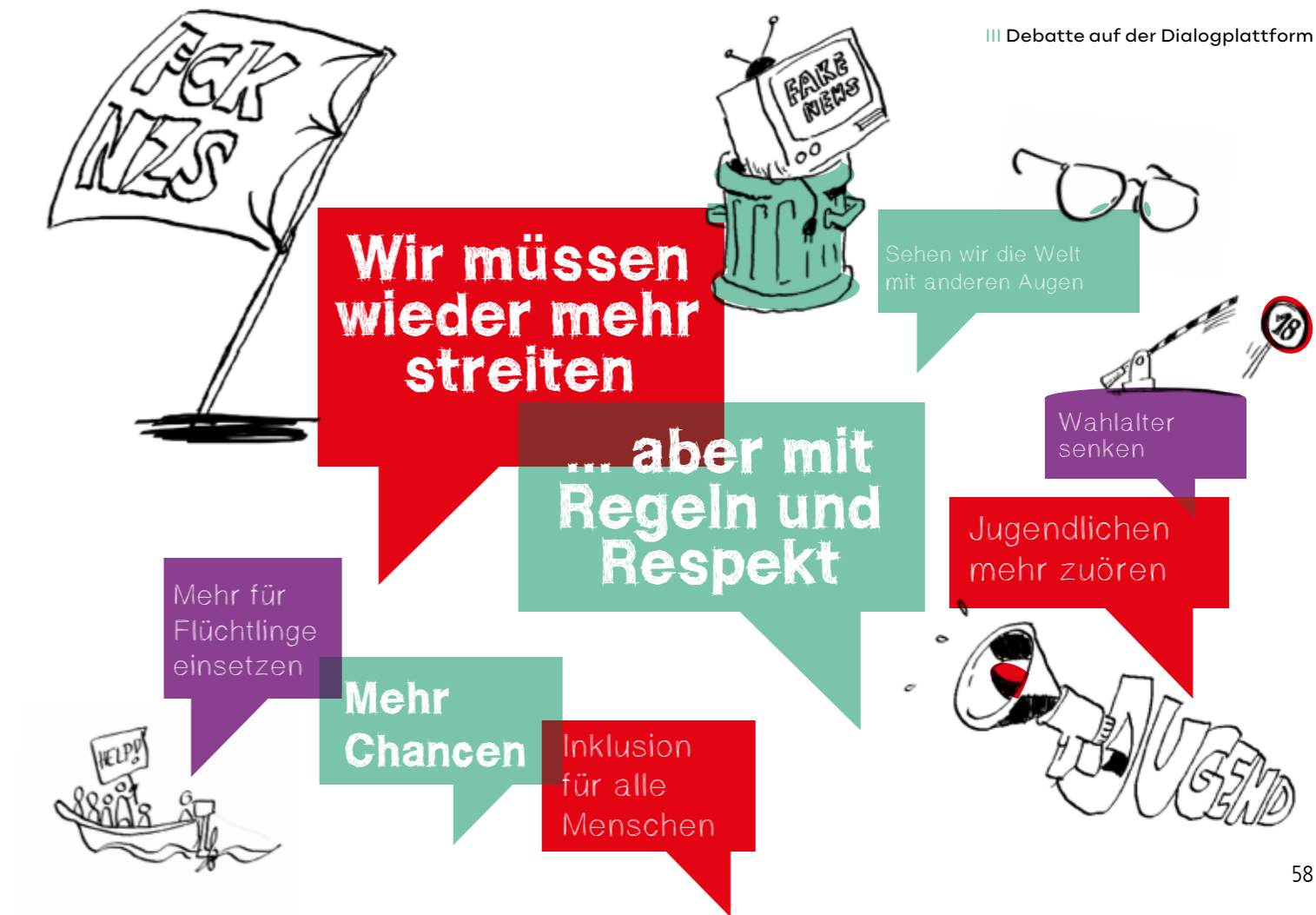
 Dialograum Demokratie und Zusammenhalt

Dieser Debattenbeitrag stellt nicht nur einen wichtigen Impuls dar, er symbolisiert auch gleichzeitig einen Grundtenor der Diskussion im **Dialograum Demokratie und Zusammenhalt**. miteinander reden, sich mit anderen Blickwinkeln und Meinungen auseinandersetzen, Argumente austauschen – der Wunsch nach einer neuen Streitkultur klingt in vielen Beiträgen an. Das Gemeinsame wird in der Verschiedenheit und im respektvollen Umgang miteinander gesehen.

Viele Stimmen positionieren sich gegen Rechtspopulismus. Neben dem Postulat „Keine Nazis in Europa“ wird auch nach Erklärungen für den Rechtsruck gesucht. „Die Bedrohung der sozialen Sicherheit ist Ursache für die einfachen Parolen der AfD, die Rückkehr zur ‚heilen Welt‘ versprechen“, heißt es in einem Beitrag. Aus den Debattenbeiträgen spricht nicht nur die Sorge um rechte Tendenzen in der Gesellschaft, es werden Aktionen gefordert, teils mit konkreten Handlungsideen. Beispielsweise werden Kurse gegen

Fake News vorgeschlagen und auch die Integration von Geflüchteten ist ein Thema.

Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen die Mitbestimmung und Teilhabe gesellschaftlicher Gruppen an. Mehrfach werden mehr Mitspracherechte für junge Menschen gefordert. Sie sollten mehr gehört und in politische und gesellschaftliche Belange einbezogen werden. Frauen, Transgender oder Menschen mit Behinderung und deren Rechte werden thematisiert, ebenso wie die Ablehnung von Diskriminierung und der Wunsch nach einer toleranten, inkludierenden Gesellschaft. Und die Rolle der Gewerkschaften? Einige Beiträge fordern die Einzelgewerkschaften auf, mehr zusammenzurücken und gemeinsame Ziele für das große Ganze („Big Picture“) in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu entwickeln.



„Rente muss zum Leben reichen.“



Dialograum Alterssicherung

Was ist eine gerechte, was ist eine gute Rente? Im **Dialograum Alterssicherung** wird ein buntes Kaleidoskop an Ideen und Forderungen zur guten, gerechten Rente zusammengetragen. Doch was das ist, darüber gehen die Meinungen auseinander und manchmal widersprechen sie sich auch. Ist beispielsweise die Grundrente mit oder die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gerecht? Vielfach wird betont, dass sich eine lange Erwerbsarbeit lohnen müsse. Lebensleistungen werden angeführt: Wer lange gearbeitet, Steuern und Sozialabgaben gezahlt habe, solle von der Rente leben können und nicht Flaschen sammeln müssen. Neben knappen Forderungen nach „mehr Rente“ wird auch auf den Zusammenhang zwischen höheren Löhnen und höherer Rente verwiesen: „Sorgt für anständige Löhne, dann werden die Renten auch höher sein.“ Es wird gefordert, Minijobs sowie Leiharbeit einzuschränken beziehungsweise abzuschaffen. Ebenso solle der Abbau von nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aktiv vorangetrieben werden. „Das sind wir unseren Fol-

generationen schuldig, und leisten kann sich das Deutschland allemal.“

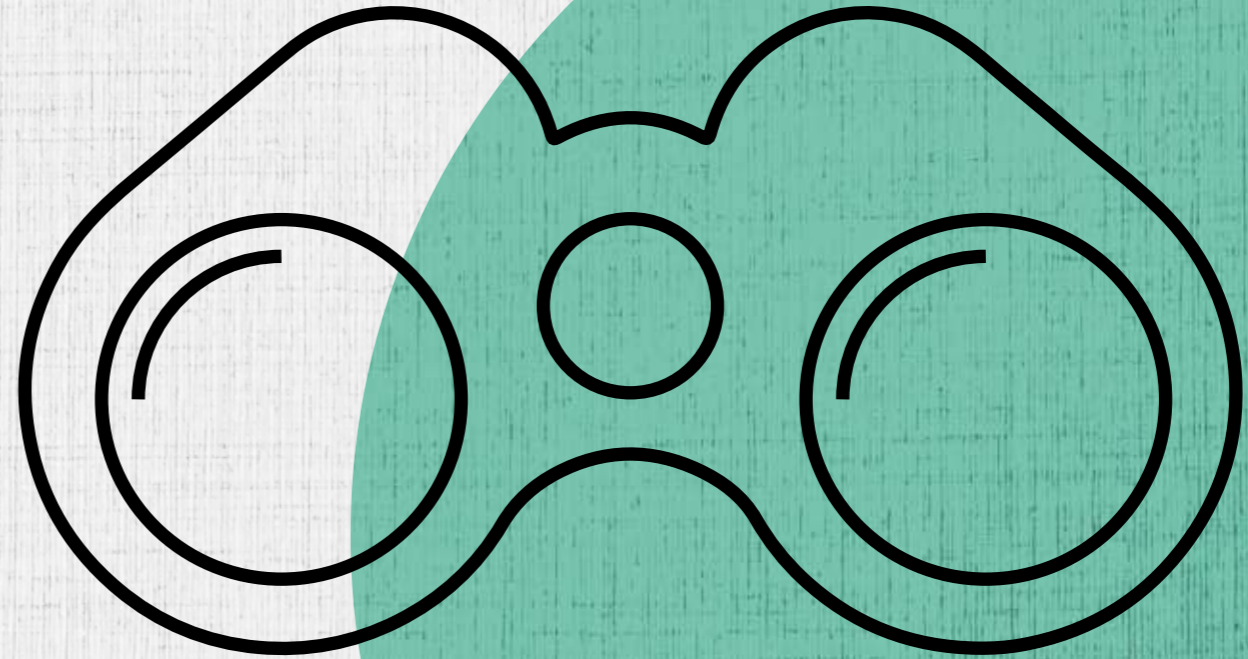
Häufig wird die Forderung erhoben, dass alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollten, so auch Selbstständige und Beamte. Beim Rentenalter gehen die Meinungen darüber, was gerecht ist, auseinander. Die Rente mit 60 Jahren ist für manche „ein Muss“. Andere wiederum sagen, dass 35, 40 oder „45 Arbeitsjahre genug [sind].“ In vielen Diskussionsbeiträgen werden Studien zitiert und Berechnungen angestellt. Darüber hinaus wird die Rentenbesteuerung kritisiert. Auch weibliche Altersarmut und die Rente von Frauen oder die Anerkennung von Erziehungszeiten werden von den Teilnehmenden vereinzelt aufgegriffen. Das Thema bewegt so sehr, dass häufig nicht nur ein Statement, sondern eine Miniatur-Studie als Impuls abgegeben wird. Ein guter Grund für den DGB, sich im Rahmen des Zukunftsdialogs weiter und schwerpunktmäßig mit Alterssicherung zu beschäftigen.

III Debatte auf der Dialogplattform



A large, solid red circle is positioned in the lower-left quadrant of the page. It contains the text 'TEIL IV: AUSBLICK' in a bold, black, sans-serif font.

**TEIL IV:
AUSBLICK**



Das war die Sommerwerkstatt 2019



www.dgb.de/zukunftsdialog/sommerwerkstatt-2019

Wir sind in den Zukunftsdialog mit der Frage gestartet, was die Menschen bewegt: Wie wollen wir leben? Wie wollen wir arbeiten? Inzwischen sind wir mit vielen Menschen, Initiativen und Organisationen darüber ins Gespräch gekommen. Gemäß unserem Anspruch nach Mitwirkung mit Wirkung hoffen wir, dass Sie durch den Werkstattbericht Einblicke in die vielfältigen Formen des Engagements, der Wandelbarkeit und der Lernprozesse des Dialogprozesses sowie seiner Themen erhalten haben. Vielleicht haben Sie Lust bekommen, mit uns gemeinsam Ziele zu verwirklichen, die zu einem unserer 14 Themenfelder passen? Wir würden uns freuen, denn bis Mitte 2022 wollen wir noch viel angehen.

Die ersten Monate des Zukunftsdialogs haben uns gezeigt, wie viel wir davon profitieren, wenn sich alle Ebenen des DGB stärker miteinander vernetzen. Entsprechend groß schreiben wir das Thema deshalb im kommenden Jahr. Im Januar werden sich die Frauen im DGB zwei Tage lang austauschen. Mit dem neuen Format von bezirksübergreifenden Regionalkonferenzen

schaffen wir außerdem eine Plattform, auf der Haupt- und Ehrenamtliche aus jeweils drei Bezirken zusammenkommen. Und im Juli wird wieder eine Sommerwerkstatt in Hattingen angeboten.

Im Frühsommer steht außerdem eine große Dialogwerkstatt in Berlin auf dem Programm. Wir wollen einen Raum schaffen, in dem sich neue Verbündete für eine gute Lebens- und Arbeitswelt finden und in dem auch kontrovers diskutiert werden kann.

Thematisch bleiben wir weiter an allen 14 Themen am Ball. Alle Ebenen des DGB werden unterschiedliche Akzente setzen. Je nachdem, wo den Menschen vor Ort der Schuh drückt. Gleichzeitig fokussieren wir uns auf Bundesebene auf bestimmte Themen. Für Anfang 2020 ist schon absehbar, dass dies besonders die Themen Tarifbindung und Alterssicherung sein werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass wir nur einen kleinen Ausschnitt des Engagements zeigen können.

Wichtig ist uns: Jeder Beitrag und jedes Engagement zählt. Erst die Vielfalt der Perspektiven und Handlungsansätze formt zusammen den Zukunftsdialog. Seine Wirkung entsteht in vielen kleinen Aktionen vor Ort. Wir bedanken uns herzlich bei allen Beteiligten für ihr Engagement, für die zahlreichen Impulse auf der Dialogplattform, für die lebendige Debattenkultur und die wichtigen Ansätze und Ideen, die daraus entspringen.

Statt eines Schlusswortes möchten wir Sie auffordern zum

Weiter- und Mitmachen!



www.redenwirueber.de

Unsere Dialogplattform ist die zentrale Anlaufstelle des Zukunftsdialogs: Bringen Sie sich z. B. direkt in die Diskussion ein oder finden Sie Termine in ganz Deutschland.



Soziale Medien

Folgen Sie uns in den sozialen Medien und treten Sie mit uns in Dialog – ob auf Facebook [@zukunftsdialog](https://www.facebook.com/zukunftsdialog), Twitter [@redenwirueber](https://twitter.com/redenwirueber) oder Instagram [@zukunftsdialog](https://www.instagram.com/zukunftsdialog).



Dialogkarte

Eine Dialogkarte finden Sie hier im Werkstattbericht. Schreiben Sie uns! Wir veröffentlichen Ihren Impuls auf der Dialogplattform, wo er kommentiert werden kann. Ihre Meinung wird gesehen – und wir erhalten wichtige Impulse.



E-Mail

Selbstverständlich erreichen Sie das Zukunftsdialog-Team auch per E-Mail: zukunftsdialog.bvv@dgb.de



Newsletter

Hier können Sie sich für den Newsletter anmelden: dgb.de/zukunftsdialog/newsletter

Gestalten wir gemeinsam die Zukunft!

WAS SOLL SICH ÄNDERN?

Mein Thema:

Das beschreibt meinen Beitrag ...

- selbst erlebt
- größter Wunsch
- muss doch möglich sein
- Alltags Sorge
- regt mich auf
- weitergedacht
- Idee von mir
- _____

Blieben wir in Kontakt

E-Mail: _____

Wenn Sie hier Ihre E-Mail-Adresse eintragen, informieren wir Sie gerne über Fortschritte und Verlauf unseres Zukunftsdialogs. In diesem Fall speichern wir Ihre E-Mail-Adresse elektronisch und verarbeiten/verwenden sie ausschließlich zum Zweck, Sie per E-Mail-Newsletter über den Zukunftsdialog auf dem Laufenden zu halten. Sie können Ihre E-Mail-Adresse jederzeit aus unserem Verteiler löschen lassen. Details unter: dgb.de/datenschutz





Dialogkarte ausgefüllt senden an:

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

DIALOGKARTE

